

einer Revision der hiesigen Grundstücke in Beziehung auf diese Abgabe zu dringen. — Schließlich wurde einem Gesuche des Hrn. Nisch zu Lindenau, im Betreff der dasigen Mühle, Statt gegeben.

Dritte öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Leipzig.

Den 3. December 1831.

Der an die Stelle des von hier abberufenen Hrn. geh. Justizraths D. Groß am 19. Novbr. 1831 erwählte Vorsteher, Herr D. Carl Heinrich Haase, Beisitzer des k. sächs. Schöppenstuhls, eröffnete diese Sitzung mit einer kurzen Rede, in welcher derselbe seine Ansichten über den den Stadtverordneten angewiesenen Standpunkt ihres Wirkens aussprach, und die künftige Thätigkeit derselben ganz besonders dafür in Anspruch nahm, auf der einen Seite Alles zu thun, um möglichem Mißbrauche in der Verwaltung der hiesigen städtischen Angelegenheiten vorzubeugen, auf der andern Seite aber auch dahin zu sehen, daß dem hiesigen Stadtmagistrate die volle Kraft der Verwaltung und die dabei unumgänglich nöthige Würde verbleibe. — Darauf kamen folgende Gegenstände zur Berathung in Vortrag:

1) Es wurde im Betreff der zeither von Leipzig erhobenen Landsteuer und sechs Quartember, um deren Wegfall von dem hiesigen Stadtmagistrate allerhöchsten Orts nachgesucht worden, die Ansicht der deshalb niedergesetzten Deputation vorgetragen, welche dahin ging, diesem Gesuche Seiten der Stadtverordneten im Namen der Stadt Leipzig beizutreten. Man war allgemein dieser Meinung und beschloß, ein gleiches Gesuch allerhöchsten Orts einzureichen.

2) Ein, aus der Mitte der Stadtverordneten hervorgegangener Antrag, die Lindenauer Mühle zu verkaufen, wurde, nach angehörtem ab-

fälligen Bericht der Bau-Deputation, zurückgenommen.

3) Ein von der Stadt Leipzig geforderter monatlicher Zuschuß von sechszehn Groschen für jeden präsenten Mann der hier garnisonirenden Soldaten wurde, nach angehörtem abfälligen Bericht der zum Servis- und Einquartierungswesen bestellten Deputation, abzulehnen und solches dem Stadtmagistrate zu communiciren beschloßen.

4) Zwei Gesuche, eins des Hrn. v. Wolcki aus Warschau um Ueberlassung eines Locals in der alten Wage zu einer Ausstellung, von Bildern in künftiger Neujahrswesse, und eins der Herren Wagemeister um Gehaltszulage; dieses wurde vertagt, jenes zugestanden.

Darauf wurden vier Vorstellungen vorgelesen, welche von einzelnen Mitgliedern der Stadtverordneten bei dem königl. Commissarius Herrn Hof- und Justizrath von Longenn zur Berichtserstattung übergeben worden und die Bitten enthielten: den Stadtverordneten künftighin ein Votum negativum bei Besetzung von Kirchen- und Schullehrerstellen, so wie bei Auskallung städtischer Subalternen und Unterbeamten, ferner das Revisionsrecht der baaren Bestände und angelegten Fonds, welche der Stadt eigenthümlich zuständig oder ihr anvertraut und von ihr zu vertreten, nicht minder eine Erweiterung ihres dermaligen Wirkungsbereichs, besonders in administrativer Hinsicht, zuzugestehen.

Nachdem nun noch eine im Betreff eines Baues am Georgenhause, so wie wegen eines von der Stadt Leipzig angesprochenen Zuschusses von 750,000 Thln. zu dem französischen Kriegsschulden-Tilgungsfond, einige Fragen gestellt, und deren Beantwortung in künftiger Sitzung von dem Vorsteher zugesagt worden, wurden sechszig Stück gedruckt, und von dem hiesigen Stadtrathe bei den Stadtverordneten neuerdings